

2012

Statistik Kommunal

Waldenbuch



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

115048

Impressum

Statistik Kommunal 2012

Artikel-Nr. 8035 12001

Herausgeber und Vertrieb
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis
7,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Fotonachweis
Statistisches Landesamt

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

2012

Statistik Kommunal

Waldenbuch

Einführung und Inhalt

Sie halten ein Gemeindeheft der Serie „Statistik Kommunal“ in Händen. Die Hefte sind für jede der 1 101 Gemeinden in Baden-Württemberg erhältlich und bieten einen Überblick über wichtige statistisch beschreibbare Lebensbereiche. Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“ sowie „Verkehr“ bis hin zu „Kommunal финанzen“. Voraussetzung für die Aufnahme von Daten in die Broschüre ist, dass sie auf Gemeindeebene vorliegen.

Die Kenngrößen der Gemeinden werden in übersichtlichen Tabellen zum jeweils aktuellsten Stand dargestellt. Soweit Daten verfügbar sind, wird auch die Entwicklung über die letzten 10 Jahre präsentiert. Jedes Kapitel wird mit einem knappen allgemein verständlichen Text eingeleitet, der auch die entsprechenden Landeswerte enthält. Damit sind sowohl Längs- als auch Quervergleiche möglich, die Ihnen bei der Einordnung der Ergebnisse helfen.

Weitere kommunale Daten sind auf der Homepage des Statistischen Landesamtes www.statistik-bw.de unter Regionaldaten sowie im Demografie-Spiegel abrufbar.

Ziel dieser nun in fünfter Auflage erschienenen Broschüre ist es, für einen breiten Nutzerkreis relevante Informationen bereit zu stellen. Wir freuen uns daher über Ihre Anregungen zur Weiterentwicklung dieses Produktes und danken Ihnen hierfür bereits im Vorfeld recht herzlich. Bitte senden Sie Ihre Anregungen, Wünsche und Kritik an poststelle@stala.bwl.de.

Gemeindedaten im Überblick	4
Zeichenerklärung	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Wahlen	10
Wohnen	11
Bildung	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	13
Landwirtschaft	14
Gemeindefinanzen und Personal	15
Wasserwirtschaft	16
Verkehr	17
Fußnoten	18
Erläuterungen und Definitionen	19

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2011	ha	2 270
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2011	Anzahl	8 559
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2011	Anzahl	+ 12
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2011	Anzahl	+ 19
Bevölkerungszu-/abnahme 2011	Anzahl	+ 31
Wohnen		
Wohngebäude 2011	Anzahl	2 035
Wohnungen 2011 ¹⁾	Anzahl	4 125
Bildung²⁾		
Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2011/2012	Anzahl	712
Schüler an Grund- und Werkreal-/Hauptschulen 2011/2012	Anzahl	400
Schüler an Realschulen 2011/2012	Anzahl	312
Schüler an Gymnasien 2011/2012	Anzahl	–
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2011/2012	Anzahl	.
Beschäftigung und Arbeitsmarkt³⁾		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2011	Anzahl	2 080
Pendlersaldo 2011	Anzahl	– 1 044
Arbeitslose insgesamt 2011	Anzahl	132
Arbeitslose Frauen 2011	Anzahl	68
Landwirtschaft		
Landwirtschaftliche Betriebe 2010	Anzahl	19
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2010	ha	567
Tourismus		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2011	Anzahl	3
Schlafgelegenheiten insgesamt 2011	Anzahl	97
Ankünfte insgesamt 2011	Anzahl	4 688
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2011	Anzahl	9 470
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2011	Anzahl	.
Gemeindefinanzen		
Steuerkraftmesszahl 2011	1 000 EUR	7 730
Steuerkraftsumme 2011	1 000 EUR	8 081
Schuldenstand 2011	1 000 EUR	4 385
Gewerbesteuerhebesatz 2011	%	340
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2011	Anzahl	6 144
Straßenverkehrsunfälle 2011 ⁴⁾	Anzahl	30
Verunglückte Personen 2011	Anzahl	22

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2011	%	14	22	14
Waldfläche 2011	%	56	35	38
Landwirtschaftsfläche 2011	%	29	42	46
Bevölkerung				
Ausländeranteil 2011	%	12	15	12
Durchschnittsalter 2011	Jahre	43,4	42,8	43,0
Bevölkerungsdichte 2011	Einw/km ²	377	603	302
Landtagswahl 2011				
Wahlbeteiligung	%	75,6	70,8	66,3
Stimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	40,8	40,1	39,0
SPD	%	20,9	22,7	23,1
GRÜNE	%	24,4	23,2	2,4
FDP	%	6,3	5,9	5,3
Sonstige	%	7,7	8,2	8,4
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2011	%	55	60	58
Wohnfläche je Einwohner 2011	m ²	46	43	43
Bildung²⁾				
Übergänge auf Werkreal-/Hauptschulen 2011/2012	%	.	21	24
Übergänge auf Realschulen 2011/2012	%	.	34	34
Übergänge auf Gymnasien 2011/2012	%	.	43	41
Beschäftigung und Arbeitsmarkt³⁾				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2011	%	45	43	38
Beschäftigte im Handel, Verkehr und Gastgewerbe 2011	%	24	20	20
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2011	%	30	37	42
Tourismus				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2011	%	27	37	35
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2011	Tage	2,0	2,1	2,6
Gemeindefinanzen				
Steuereinnahmen (netto) je Einwohner 2011 ⁵⁾	EUR	850	1 533	1 052
Schuldenstand je Einwohner 2011	EUR	513	655	984
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2010	Liter/Tag	119	110	115
Trinkwasserpreis 2012	EUR/m ³	2,25	2,06	1,97
Verkehr				
Pkw je 1 000 Einwohner 2011	Anzahl	618	590	539

Abkürzungen

AK-E – Arbeitskraft-Einheiten

Einw. – Einwohner

EUR – Euro

ha – Hektar

kg/Ea – Kilogramm je Einwohner und Jahr

t – Tonne

m³ – Kubikmeter

LF – Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Mill. – Millionen

Mrd. – Milliarden

VZÄ – Vollzeitäquivalente

Zeichenerklärung

0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null

0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts

– Nichts vorhanden (genau null)

. Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten

X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Fläche

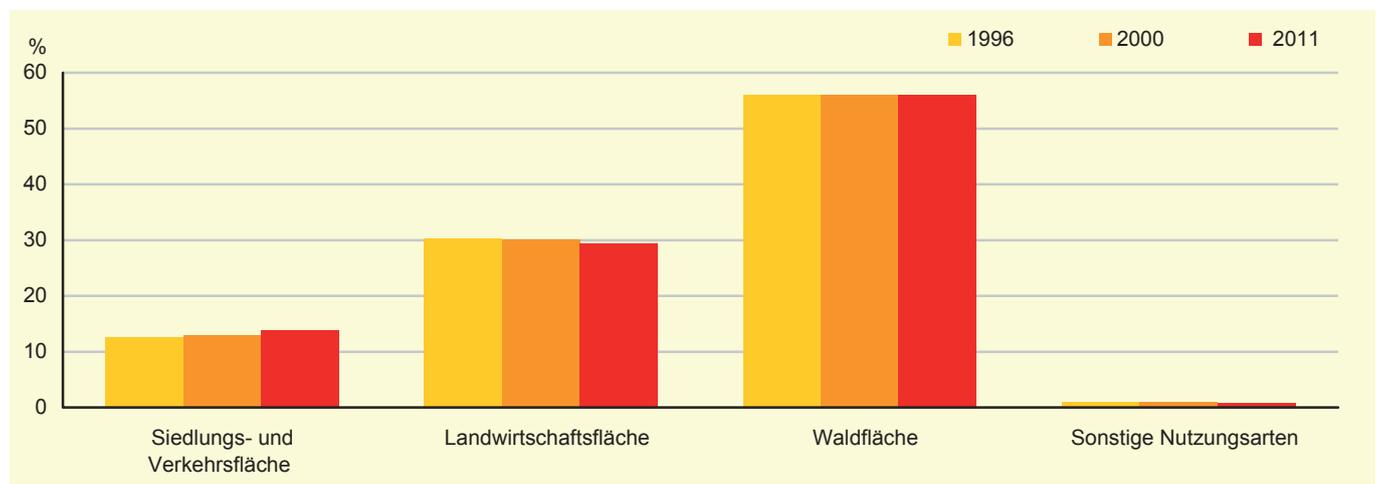
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst aktuell 35 751 km² und verteilt sich auf 1101 Gemeinden. Am 01.01.2011 erfolgte die letzte Gebietsstandsänderung: Der ehemalige Truppenübungsplatz Gutsbezirk Münsingen, bisher gemeindefrei und bewohntes Gebiet im Landkreis Reutlingen, wurde aufgelöst und die bewohnten Siedlungsflächen in die Stadt Münsingen (Landkreis Reutlingen) sowie in die Gemeinde Heroldstatt (Alb-Donau-Kreis) eingegliedert. Eine unbewohnte Fläche wurde der Stadt Schelklingen (Alb-Donau-Kreis) zugeschlagen. Die restliche Fläche mit 64 km² ist unbewohnt und bleibt gemeindefrei.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) an der gesamten Bodenfläche in Baden-Württemberg beträgt mit 507 691 ha 14,2 %. Vor 10 Jahren lag dieser Wert noch bei 13,3 %. Davon entfallen aktuell 196 129 ha oder knapp 40 % auf Verkehrsflächen, d. h. Straßen, Wege, Plätze, den Schienen- und den Luftverkehr. Bei 272 962 ha oder 54 % der SuV handelt es sich um Gebäude- und Freifläche, bei weiteren 30 657 ha (6 %) um Erholungsfläche. Zu beachten gilt hierbei, dass die SuV in erheblichem Umfang Grün- und Freiflächen umfasst. »Flächenverbrauch« ist demnach nicht mit »Versiegelung« – also dem teilweisen oder vollständigen Abdichten offener Böden – gleich zu setzen. Nach Schätzungen des Statistisches Landesamtes sind landesweit in Baden-Württemberg knapp die Hälfte der SuV tatsächlich versiegelt.

Siedlungs- und Verkehrsfläche

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2001		2011		2011	
	ha	%	ha	%	ha	%
Fläche insgesamt	2 270	100,0	2 270	100,0	3 575 141	100,0
Siedlungs- und Verkehrsfläche	296	13,0	312	13,8	507 691	14,2
davon						
Gebäude- und Freifläche	155	6,8	167	7,4	272 962	7,6
Betriebsfläche ohne Abbauland	1	–	–	–	4 435	0,1
Verkehrsfläche	116	5,1	118	5,2	196 129	5,5
Erholungsfläche	22	1,0	24	1,1	30 657	0,9
Friedhofsfläche	3	0,1	3	0,1	3 508	0,1

Flächennutzung



Bevölkerung

Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs stieg im Jahr 2011 um etwa 32 300 Personen auf rund 10,79 Mill. Einwohner an. Damit hat die Einwohnerzahl einen neuen Höchststand erreicht, nachdem sie 2010 lediglich um rund 9 000 angestiegen ist und in den Jahren 2008 und 2009 sogar zurückgegangen war. Zwar hat sich das Geburtendefizit von knapp 8 100 im Jahr 2010 auf zuletzt 8 900 nochmals leicht vergrößert. Gleichzeitig hat sich aber auch der Wanderungsgewinn deutlich erhöht: 2010 lag das Wanderungsplus noch bei 17 300 Personen, 2011 sind immerhin 41 500 Personen mehr nach Baden-Württemberg zu- als fortgezogen; das war der höchste Wanderungsgewinn seit dem Jahr 2002.

Die Baden-Württemberger waren zum Jahresende 2011 durchschnittlich 43 Jahre alt. Das Durchschnittsalter ist gegenüber 1970 um immerhin 8 Jahre und zum Vorjahr um 0,2 Jahre gestiegen. Mit durchschnittlich 51,7 Jahren hatte die Ex- bzw. Enklave Büsingen am Hochrhein (Landkreis Konstanz) die älteste Bevölkerung in Baden-Württemberg (Frauen: 52,5 Jahre, Männer: 50,8 Jahre). Am jüngsten ist sie mit 36,5 Jahren in Riedhausen im Landkreis Ravensburg (Frauen: 37 Jahre, Männer: 36 Jahre). Maßgeblich wird die Altersstruktur der Bevölkerung und folglich das Durchschnittsalter durch die Geburtenrate und das Wanderungsgeschehen bestimmt.

Bevölkerungsentwicklung seit 1871*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	1 895	47	53	83	1990	7 787	49	51	343
1890	1 922	47	53	85	1994	8 165	49	51	360
1900	1 832	47	53	81	1998	8 542	49	51	376
1910	1 856	46	54	82	2002	8 826	49	51	389
1925	1 888	47	53	83	2005	8 651	49	51	381
1933	2 110	49	51	93	2006	8 588	49	51	378
1939	2 204	47	53	97	2007	8 517	49	51	375
1950	3 265	46	54	144	2008	8 571	49	51	378
1961	4 475	48	52	197	2009	8 510	49	51	375
1970	5 220	50	50	230	2010	8 527	49	51	376
1987	7 389	48	52	326	2011	8 559	49	51	377

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen					Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)					
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner					
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner								
	Anzahl															
2003	102	59	+	43	+	5	508	563	-	55	-	6	-	12	-	1
2004	83	52	+	31	+	4	498	574	-	76	-	9	-	45	-	5
2005	72	66	+	6	+	1	426	550	-	124	-	14	-	118	-	14
2006	68	51	+	17	+	2	482	562	-	80	-	9	-	63	-	7
2007	65	56	+	9	+	1	473	553	-	80	-	9	-	71	-	8
2008	77	52	+	25	+	3	570	540	+	30	+	4	+	55	+	6
2009	68	62	+	6	+	1	459	526	-	67	-	8	-	61	-	7
2010	79	55	+	24	+	3	468	475	-	7	-	1	+	17	+	2
2011	75	63	+	12	+	1	557	538	+	19	+	2	+	31	+	4

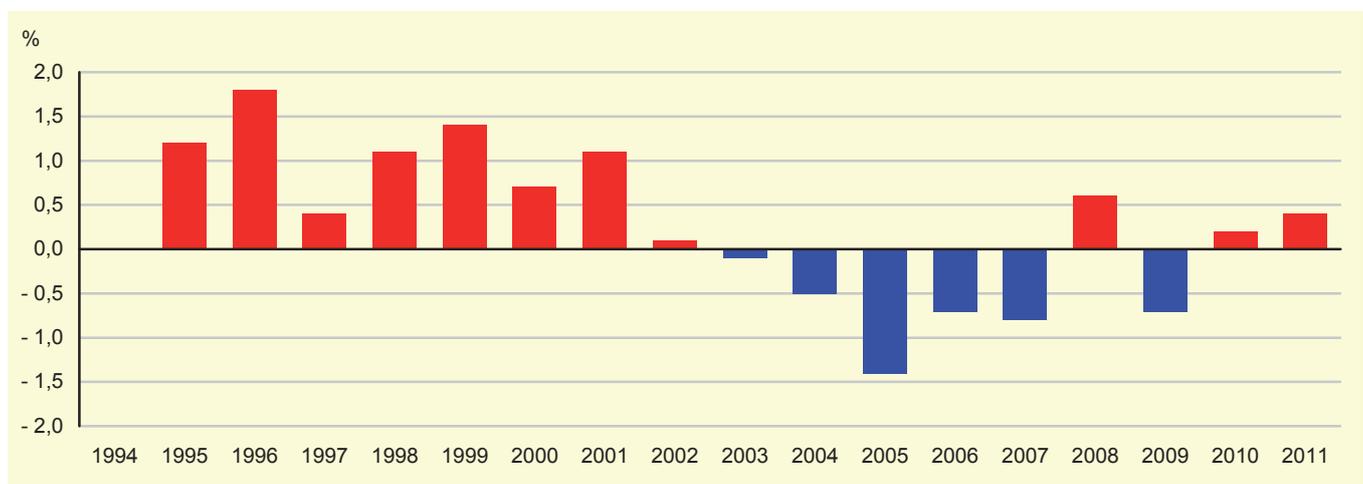
Bevölkerungsstruktur 2011

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	221	3	118	3	103	2	3	3	2	
3 – 6	225	3	114	3	111	3	3	3	3	
6 – 15	815	10	433	10	382	9	9	9	8	
15 – 18	280	3	149	4	131	3	3	3	3	
18 – 25	633	7	338	8	295	7	8	9	8	
25 – 40	1 412	16	679	16	733	17	18	19	18	
40 – 65	3 331	39	1 653	39	1 678	39	37	37	36	
65 – 75	923	11	444	11	479	11	10	10	11	
75 und mehr	719	8	278	7	441	10	9	7	11	
Insgesamt	8 559	100	4 206	100	4 353	100	100	100	100	
	Durchschnittsalter in Jahren									
	43,4		42,1		44,7		43,0	41,8	44,2	

Bevölkerungsstruktur 2001

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	307	3	163	4	144	3	3	3	3	
3 – 6	338	4	191	4	147	3	3	3	3	
6 – 15	920	10	492	11	428	10	10	11	10	
15 – 18	279	3	128	3	151	3	3	3	3	
18 – 25	688	8	317	7	371	8	8	8	8	
25 – 40	2 011	23	1 027	24	984	22	23	24	22	
40 – 65	3 141	36	1 573	36	1 568	35	33	34	32	
65 – 75	692	8	323	7	369	8	9	9	10	
75 und mehr	445	5	147	3	298	7	7	5	10	
Insgesamt	8 821	100	4 361	100	4 460	100	100	100	100	
	Durchschnittsalter in Jahren									
	39,1		37,8		40,3		40,4	38,8	41,9	

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr



Wahlen

Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Zwar gibt es durchaus regionale Unterschiede in den Wahlergebnissen im deutschen Südwesten. Jedoch erweist sich seit Bestehen des Landes die CDU sowohl bei Landtagswahlen als auch bei Bundestagswahlen und Europawahlen als stärkste Partei Baden-Württembergs.

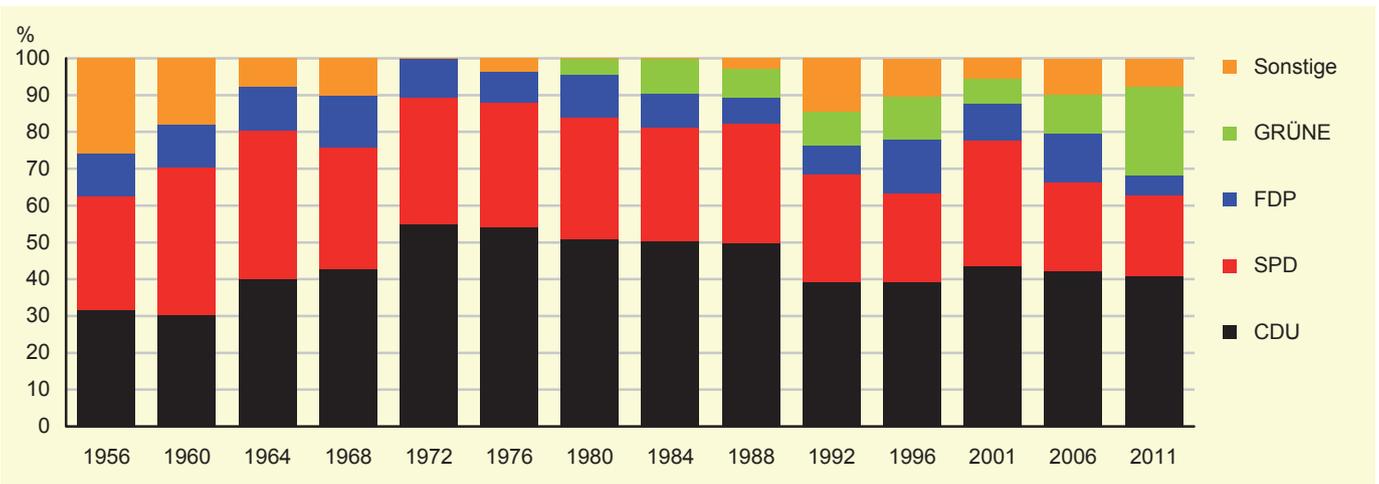
Zuletzt fanden im Jahr 2011 die Wahlen zum 15. Landtag von Baden-Württemberg statt. Die CDU lag hierbei mit einem Stimmenanteil von 39,0 % erneut an erster Stelle, verlor jedoch gegenüber der Landtagswahl 2006 5,2 Prozentpunkte. Die SPD und die FDP kamen auf 23,1 bzw. 5,3 % der gültigen Stimmen. Beide Parteien mussten damit ihre bislang niedrigsten Wahlergebnisse bei einer Landtagswahl in Baden-Württemberg hinnehmen. Die GRÜNEN erreichten mit 24,2 % dagegen ihr mit Abstand bestes Wahlergebnis bei allen bisherigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gibt es nun in Baden-Württemberg einen „grünen“ Ministerpräsidenten eines Landes, die Christdemokraten wiederum gehören erstmals seit 1953 nicht der Landesregierung an.

Mit 66,3 % lag die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg um 12,9 Prozentpunkte über der Marke von 2006 (53,4 %).

Wahlergebnisse

Wahl	Briefwahl ¹⁾	Wahl- berechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile ²⁾				
					CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
					Anzahl		% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte		
Landtagswahl 2011	mit	6 013	4 547	75,6	40,8	20,9	24,4	6,3	7,7
Landtagswahl 2006	mit	5 918	3 682	62,2	42,8	23,8	11,1	13,4	9,0
Veränderung		+ 95	+ 865	+ 13,4	- 2,0	- 2,9	+ 13,3	- 7,1	- 1,3
Bundestagswahl 2009	mit	6 028	4 662	77,3	32,3	18,4	15,1	23,4	10,8
Bundestagswahl 2005	mit	5 984	4 946	82,7	39,1	27,5	10,7	15,8	6,9
Veränderung		+ 44	- 284	- 5,4	- 6,8	- 9,1	+ 4,4	+ 7,6	+ 3,9
Europawahl 2009	mit	6 020	3 479	57,8	36,0	17,5	15,9	17,5	13,2
Europawahl 2004	mit	6 010	3 666	61,0	46,1	19,6	15,2	8,6	10,5
Veränderung		+ 10	- 187	- 3,2	- 10,1	- 2,1	+ 0,7	+ 8,9	+ 2,7

Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen



Wohnen

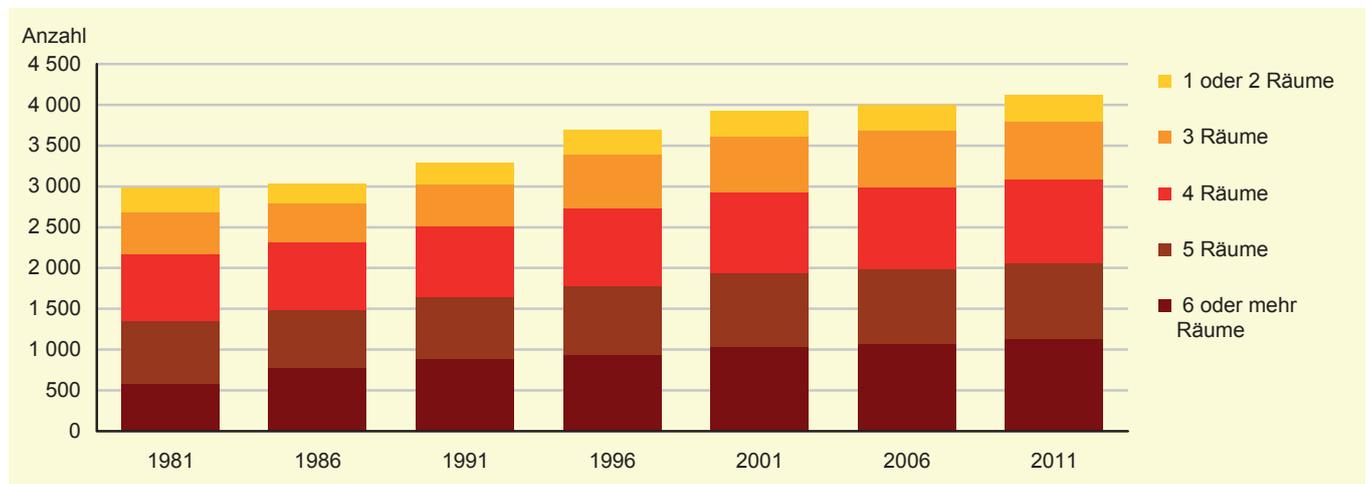
Der Wohnungsbestand in Baden-Württemberg wuchs im Jahr 2011 um 0,5 % beziehungsweise knapp 25 000 auf nun über 5,03 Mill. Über drei Viertel der Wohnungen entstanden in Einfamilienhäusern. Nahezu 62 % des Zugangs waren Wohnungen mit 5 oder mehr Räumen (einschließlich Küchen), weitere rund 29 % waren Drei- oder Vierraumwohnungen. Neu gebaute Wohnungen sind im Durchschnitt deutlich größer als der Wohnungsbestand. So wächst die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung kontinuierlich und erreichte 2011 92,4 m². Zehn Jahre früher waren es noch gut 2 m² weniger. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner wuchs im selben Zeitraum sogar um 2,7 m². Jedem Einwohner standen 2011 rein rechnerisch gut 43,1 m² Wohnfläche zur Verfügung.

Ende 2011 gab es landesweit rund 58 % Einfamilienhäuser, gut 24 % Zweifamilienhäuser und circa 17 % Mehrfamilienhäuser. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auch auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten ist der Anteil in der Gemeinde Grundsheim (Alb-Donau-Kreis) mit rund 91 %, am niedrigsten in der Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) mit etwas über 27 %. Der Anteil in der Landeshauptstadt Stuttgart liegt bei knapp 31 %.

Wohngebäude und Wohnungen

Jahr	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ¹⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1993	1 719	935	54	519	30	265	15	3 360	243	38
1995	1 777	950	53	530	30	297	17	3 618	228	40
1997	1 833	979	53	544	30	310	17	3 732	226	40
1999	1 897	1 019	54	555	29	323	17	3 867	224	41
2001	1 932	1 045	54	564	29	323	17	3 927	225	41
2003	1 954	1 064	54	560	29	330	17	3 970	222	42
2005	1 962	1 068	54	562	29	332	17	3 985	217	43
2007	1 979	1 080	55	565	29	334	17	4 014	212	44
2009	2 009	1 100	55	570	28	339	17	4 077	209	45
2011	2 035	1 120	55	574	28	341	17	4 125	207	46

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



Bildung

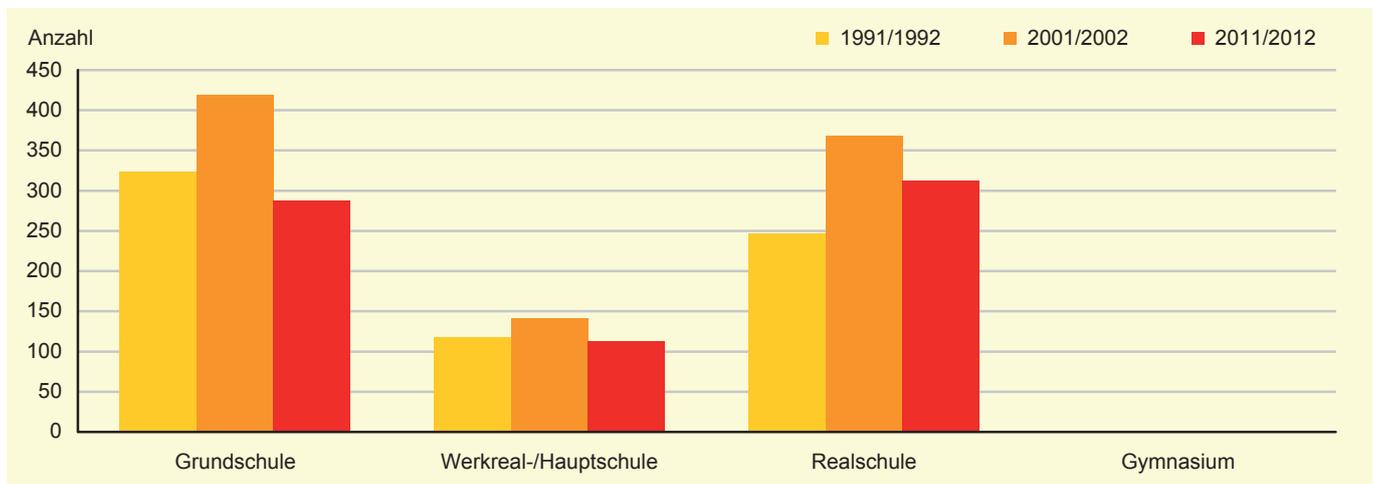
Im Schuljahr 2011/12 gab es insgesamt knapp 4 200 allgemeinbildende Schulen in Baden-Württemberg, darunter 452 private Schulen. Dabei können auch mehrere Schularten unter einem Dach untergebracht sein. Die Schülerzahlen sind in den letzten Jahren rückläufig. Zwar war nach einer Abnahme der Schülerzahlen in den 80er-Jahren im Land in den 90er-Jahren wieder ein Anstieg zu verzeichnen, der im Schuljahr 2003/04 mit gut 1,3 Millionen Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen seinen Höhepunkt erreichte. Seitdem ist die Schülerzahl aber auf 1,2 Millionen im Schuljahr 2011/12 zurückgegangen. Bis zum Jahr 2020 dürfte die Zahl unter die Millionengrenze absinken.

Die Schullandschaft in Baden-Württemberg ist in Bewegung: Ab dem Schuljahr 2012/13 wird an rund 40 Standorten die neue Schulart Gemeinschaftsschule eingeführt, in der alle Bildungsstandards angeboten werden sollen. Die Grundschulempfehlung zum Übergang auf eine weiterführende Schule ist seit 2012 nicht mehr verbindlich. An den Gymnasien hat im Sommer 2012 der sogenannte „Doppeljahrgang“ die Schule verlassen – der erste G8-Jahrgang und der letzte G9-Jahrgang. Zum Schuljahr 2012/13 wird an rund 20 Pilotschulen der G9-Zug als Schulversuch wieder eingeführt.

Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2011/2012

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt ¹⁾	Schüler an öffentlichen und privaten Schulen insgesamt	Darunter öffentliche Schulen					
			Schüler zusammen	und zwar		Schüler je Klasse ²⁾	Zum Vergleich: Schuljahr 2001/2002	
				weiblich	ausländisch		Schüler zusammen	Schüler je Klasse ²⁾
Anzahl	Anzahl			Anzahl				
Grundschulen	1	287	287	46	7	22	419	26
Werkreal-/Hauptschulen	1	113	113	45	39	19	141	20
Sonderschulen	–	–	–	.	.	–	–	–
Realschulen	1	312	312	49	13	24	368	26
Gymnasien	–	–	–	.	.	–	–	–
Freie Waldorfschulen	–
Andere Schularten ³⁾	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	3	712	712	.	.	X	928	X

Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

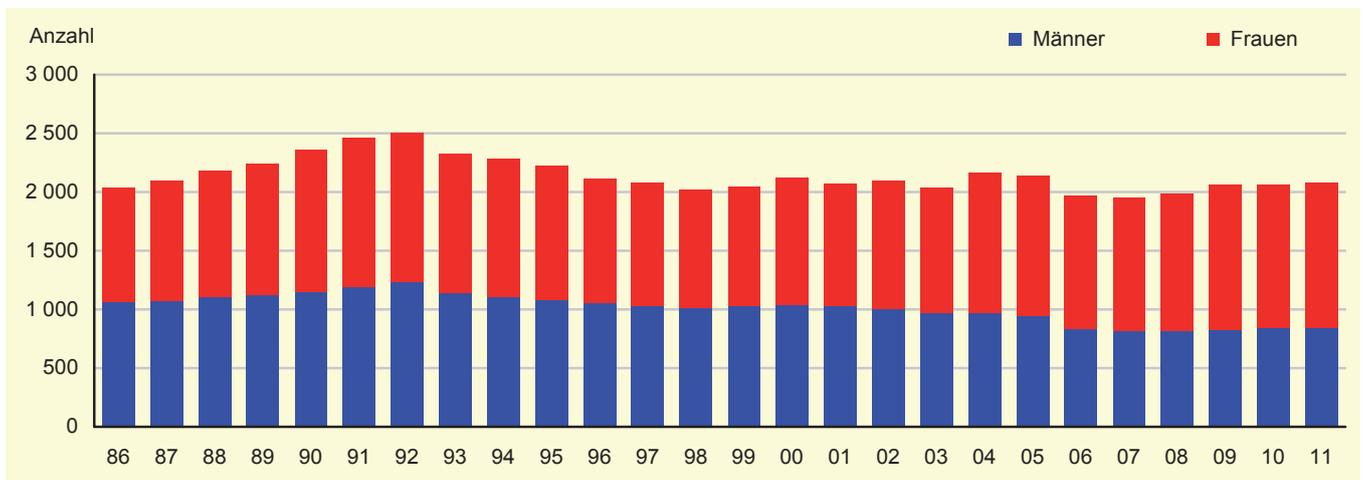
Zur Jahresmitte 2011 waren im Südwesten knapp 4 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 133 000 oder 3,5 % mehr als 10 Jahre zuvor. Dabei hat sich der seit längerer Zeit zu beobachtende Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung weiter verstärkt. Allein seit 2001 stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 35 % auf aktuell 757 000 an, während die Zahl der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer um 2 % auf 3,2 Mill. zurückging. Fast 465 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hatten 2011 eine akademische Ausbildung, das waren knapp 122 000 oder 35 % mehr als noch vor 10 Jahren. Gemessen an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, für die eine Angabe zur Berufsausbildung vorliegt, erhöhte sich die Akademikerquote seit dem Jahr 2001 von 9,7 auf aktuell 13,5 %. Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel und der zunehmenden Globalisierung hat sich auch das Berufsbild der Beschäftigten gewandelt. Zwischen 2001 und 2011 erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in Dienstleistungsberufen um fast 208 000 (+9,4 %), während die Zahl der Arbeitnehmer in Fertigungsberufen im gleichen Zeitraum um gut 116 000 (-9,3 %) zurückging.

Aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation in Baden-Württemberg hatte der Südwesten im Jahresdurchschnitt 2011 mit 4,0 % nach Bayern (3,8 %) bundesweit die niedrigste Arbeitslosenquote. Im Durchschnitt waren knapp 227 000 Menschen im Land ohne Arbeit, das waren rund 46 000 weniger als ein Jahr zuvor.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose*)

Jahr	Beschäftigte		Und zwar ¹⁾				Arbeitslose insgesamt	Und zwar		
	insgesamt	je 1 000 Einwohner	Frauen	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Sonstige Dienstleistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
	Anzahl		%					Anzahl	%	
1985	2 027	275	48	77	9	13
1990	2 362	305	51	79	7	14
1995	2 225	270	51	71	11	18
2000	2 125	244	51	73	11	16	200	45	8	39
2005	2 143	246	56	65	10	25	260	48	11	13
2008	1 987	232	59	46	26	28	117	50	13	17
2009	2 059	240	60	45	25	30	151	46	11	18
2010	2 064	241	59	44	25	31	144	47	8	22
2011	2 080	244	60	45	24	30	132	52	8	30

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



Landwirtschaft

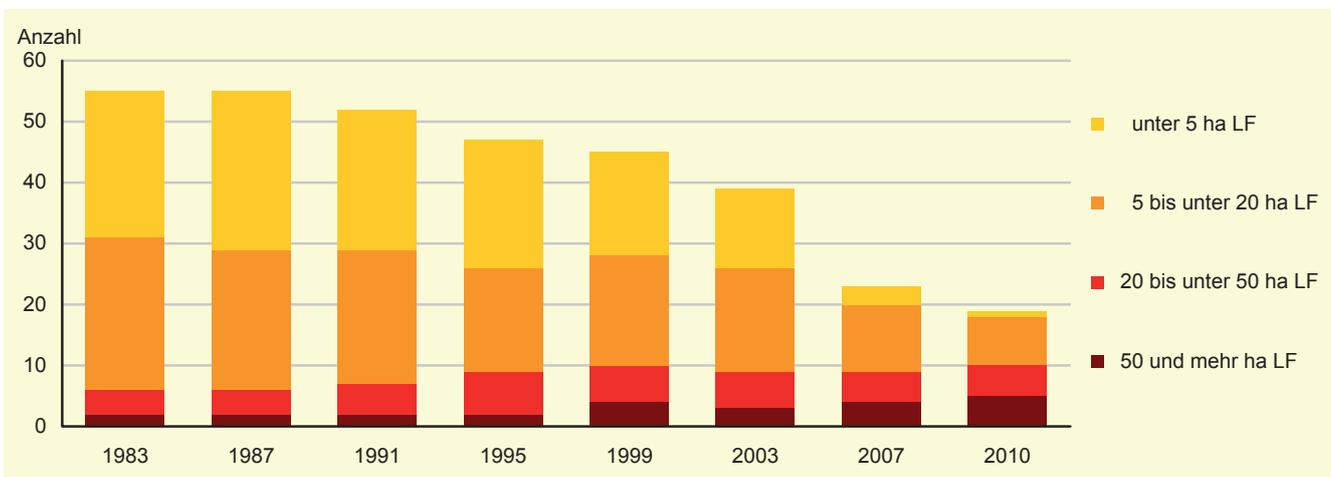
In den vergangenen Jahrzehnten führten tief greifende Strukturveränderungen in der Landwirtschaft einerseits zu einem stetigen Rückgang der Zahl der Betriebe und andererseits zu einer Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgröße. Im Jahr 2010 wurden im Rahmen der Landwirtschaftszählung in Baden-Württemberg insgesamt 44 512 Betriebe gezählt. Im Vergleich der Landwirtschaftszählungen von 1999 und 2010 wird deutlich, dass die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg (bei vergleichbarer Anwendung der Erfassungsgrenzen von 2010) innerhalb von 11 Jahren um rund ein Viertel abnahm. Betrug die Betriebsgröße vor etwas mehr als 10 Jahren noch rund 24 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) je Betrieb, so liegt der Durchschnitt nun bereits bei knapp 32 ha LF. Im Vergleich zu anderen Bundesländern – mit Ausnahme der Stadtstaaten – ist die mittlere Betriebsgröße in Baden-Württemberg dennoch gering.

Landesweit wurde im Jahr 2010 eine Fläche von etwas mehr als 1,4 Mill. ha LF bewirtschaftet, davon 59 % als Ackerland und 38 % als Dauergrünland. Die Agrarlandschaft in Baden-Württemberg ist von großen naturräumlichen Unterschieden geprägt, was sich in den zahlreichen Betriebsformen, Produktionsverfahren und dem Anbau von vielfältigen Sonderkulturen wie zum Beispiel Tabak, Hopfen oder Spargel widerspiegelt.

Landwirtschaft*)

Jahr	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter Haupterwerbsbetriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Davon			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
				Ackerland	Dauergrünland	sonstige Fläche		Rinder		Schweine	
								insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
				Anzahl		ha		%			ha
1983	55	9	547	40	60	1	10	817	26	240	11
1987	55	9	556	40	59	1	10	815	31	111	9
1991	52	8	570	39	60	1	11	550	39	116	11
1995	47	3	573	38	61	1	12	331	30	81	12
1999	45	5	659	36	63	–	15	271	34	69	17
2003	39	5	638	36	64	–	16	323	46	109	14
2007	23	8	564	34	66	–	25	346	58	130	22
2010	19	3	567	33	66	–	30	322	64	23	8

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



Gemeindefinanzen und Personal

Nach dem Krisenjahr 2009 hat sich die Wirtschaft günstig entwickelt und die Einnahmen haben sich in den Jahren 2010 und 2011 deutlich verbessert. Hohe Zuwächse bei den Steuereinnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, standen eher gleichbleibenden Ausgaben gegenüber.

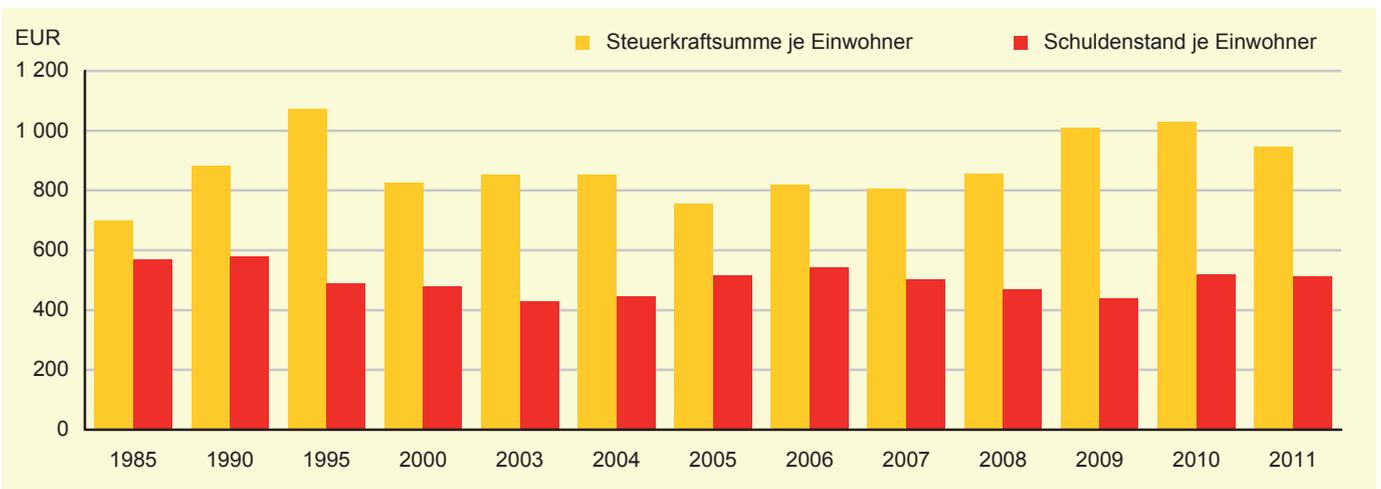
Die Einnahmen lagen 2011 mit 24 Mrd. Euro um 2 Mrd. über dem Niveau des Vorjahres (+ 9,3 %). Gegenüber 2010 stiegen die Steuereinnahmen um 13,6 % auf 11,3 Mrd. Euro, das Aufkommen an Gewerbesteuer netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) erhöhte sich um 1 Mrd. Euro auf 4,9 Mrd. Euro. Die Ausgaben der Gemeinden im Land reduzierten sich im Vergleich zu 2010 um 0,4 Mrd. auf 22,5 Mrd. Euro.

Die Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und deren Eigenbetriebe in Baden-Württemberg betragen am 31.12.2011 insgesamt rund 12,6 Mrd. Euro, wovon 5,4 Mrd. von den Kernhaushalten und 7,2 Mrd. von den Eigenbetrieben aufgenommen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der kommunale Schuldenstand damit insgesamt um knapp 0,4 Mrd. Euro bzw. 3 % erhöht. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte der Gemeinden und der Eigenbetriebe lag landesweit bei 1 166 Euro.

Gemeindefinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftsumme		Schuldenstand ¹⁾		Gewerbesteuer		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit- äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	3 434	478	3 034	416	3 082	422	75	.
1985	5 115	699	4 187	568	1 610	218	88	.
1990	6 689	883	4 486	579	5 551	716	98	.
1995	8 765	1 072	4 006	487	4 607	560	110	.
2000	7 097	827	4 179	480	2 630	302	133	96
2005	6 697	757	4 492	515	3 394	389	132	93
2008	7 323	857	4 010	468	3 322	388	120	82
2009	8 633	1 008	3 753	438	3 463	404	116	80
2010	8 799	1 027	4 430	518	2 973	348	116	83
2011	8 081	945	4 385	513	2 909	341	114	80

Steuerkraftsumme und Schuldenstand



Wasserwirtschaft

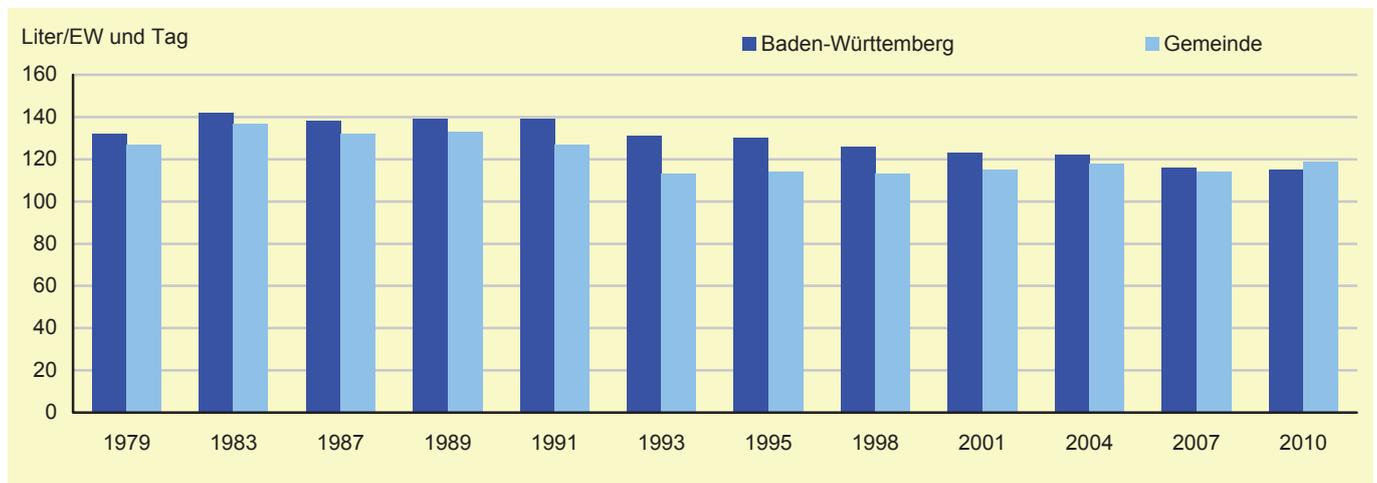
In Baden-Württemberg wurden 2010 insgesamt rund 4,6 Mrd. m³ Wasser für die Nutzung als Trink- und Brauchwasser für Bewässerungs- und Kühlzwecke bzw. als Produktionswasser gewonnen. Die Trinkwasserabgabe an Letztverbraucher betrug 2010 rund 560 Mill. m³. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch von Haushalten und Kleingewerbe ging landesweit nur noch leicht auf 115 Liter je Einwohner zurück, 1975 lag der Pro-Kopf-Verbrauch noch bei 156 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung wassersparender Technologien.

Durchschnittlich 1,97 Euro müssen die Baden-Württemberger für einen Kubikmeter Trinkwasser (Stand: 1. Januar 2012) bezahlen. Der Preis für ein Kubikmeter Abwasser liegt 2012 in Städten und Gemeinden mit einer Einheitsgebühr bei durchschnittlich 2,53 Euro, in Städten und Gemeinden mit einer gesplitteten Abwassergebühr bei durchschnittlich 1,86 Euro je m³ Schmutzwasser und 0,45 Euro je m² versiegelter Fläche für Niederschlagswasser. Durch das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes in Mannheim vom 11. März 2010 müssen nun alle Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg ihr Gebührensystem auf eine gesplittete Abwassergebühr umstellen. Bis Anfang 2012 konnte diese Vorgabe von 802 der 1 101 Gemeinden umgesetzt werden.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste ¹⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Trinkwasserpreis	Abwasser ²⁾			
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch		Einheitsgebühr	Schmutzwasserentgelt	Niederschlagswasserentgelt	
										1 000 m ³
1979	–	83	411	335	82	127	0,72	0,51	.	.
1987	–	117	437	358	82	132	0,97	0,87	.	.
1991	–	149	464	368	79	127	1,48	1,02	.	.
1995	–	120	431	343	80	114	1,80	2,25	.	.
1998	–	211	428	350	82	113	2,08	2,56	–	–
2001	–	173	440	370	84	115	2,08	2,56	–	–
2004	–	134	452	378	84	118	1,98	2,95	–	–
2007	–	91	412	353	86	114	2,09	2,95	–	–
2010	–	–	431	371	86	119	2,25	3,10	–	–

Trinkwasserverbrauch der Haushalte und Kleinverbraucher



Verkehr

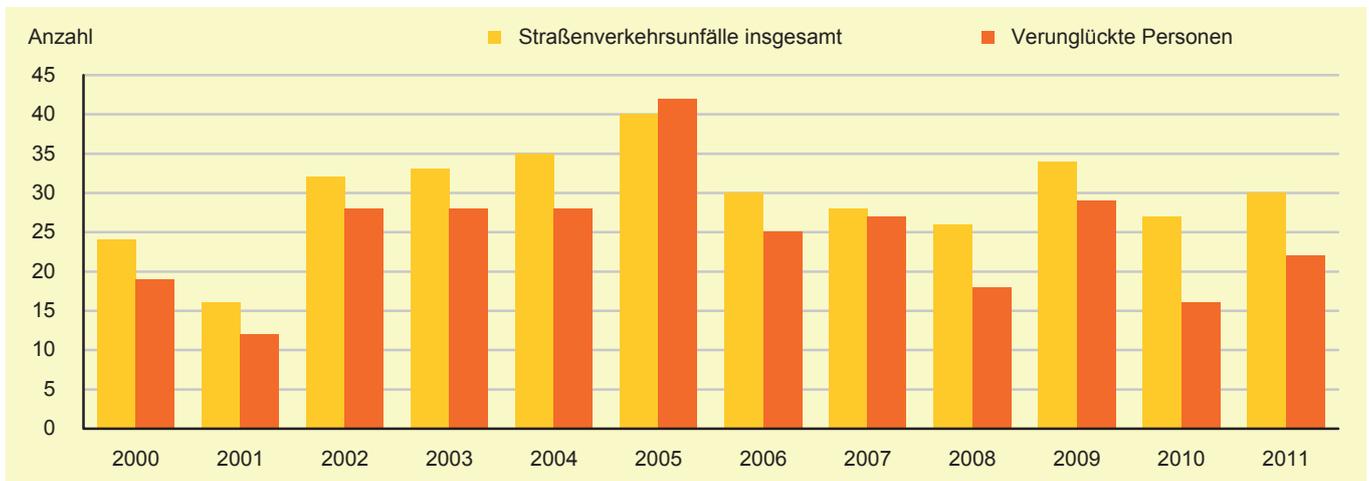
Gut 7 Mill. Kraftfahrzeuge (Kfz) waren 2011 in Baden-Württemberg zugelassen. Seit 2008 werden vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge bzw. Außerbetriebsetzungen nicht mehr aufgeführt, was zu einem methodisch bedingten Rückgang des Fahrzeugbestandes führte. Rund 82 % des Bestands nahmen die Personenkraftwagen (Pkw) ein, deren Zahl sich 2011 auf 5,8 Mill. belief. Damit kamen rein rechnerisch auf 1 000 Baden-Württemberger 539 Pkw. Urban geprägte Gebiete mit einer hohen Bevölkerungsdichte verfügen zumeist über einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr und zeichnen sich durch eine unterdurchschnittliche Pkw-Dichte aus. In ländlicheren Gebieten ist diese demzufolge höher. Sondereinflüsse wie beispielsweise gewerblich zugelassene Fahrzeuge von größeren Unternehmen können sich hier regional auswirken. Die geringste Pkw-Dichte weisen die Universitätsstädte Heidelberg und Freiburg mit 372 bzw. 375 je 1 000 Einwohner auf.

Mit rund 47 800 verunglückten Personen bei Straßenverkehrsunfällen lag deren Zahl 2011 um 5,8 % höher als im Jahr zuvor. Erfreulicherweise sank jedoch die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer um 2,4 % und erreichte mit 482 Unfalltoten den niedrigsten Wert seit Bestehen der Unfallstatistik. Insgesamt stieg die Gesamtzahl der Unfälle mit Personenschaden bzw. schwerem Sachschaden um über 3 % auf 52 200 an.

Kraftfahrzeuge*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einw.	Straßenverkehrsunfälle ¹⁾		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		Pkw	Krafträder ²⁾						
Anzahl									
1991	5 362	4 712	240	596	39	24	31	1	16
1995	5 727	4 963	293	603	28	22	29	–	9
1999	6 329	5 416	425	631	20	14	17	–	2
2003	6 817	5 848	503	663	33	20	28	–	7
2006	6 772	5 869	515	678	30	19	25	–	4
2007	6 597	5 678	529	661	28	21	27	–	5
2008	5 995	5 136	485	603	26	16	18	–	2
2009	6 017	5 162	484	602	34	25	29	–	6
2010	6 068	5 213	478	613	27	14	16	–	3
2011	6 144	5 271	486	618	30	20	22	–	4

Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick und Vergleich

- 1) Siehe unter Wohnen, Fußnote 1).
- 2) Im Schuljahr 2011/12. Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter Beschäftigte und Arbeitsmarkt, Fußnote 1).
- 4) Siehe unter Verkehr, Fußnote 3).
- 5) Steuereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Bevölkerung

- *) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; von 1990 bis 2011 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31. Dezember des Jahres.

Wahlen

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteil.

Wohnen

- 1) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

Bildung

- 1) Öffentliche und private allgemein bildende Schulen. Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen. Stand: Schuljahr 2011/12.
- 2) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 3) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

- *) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort jeweils zum 30.06. des Jahres. Arbeitslose: Jahresdurchschnitt.
- 1) Wirtschaftssystematik:
 - bis zum Stichtag 30.06.1998 Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ausgabe 1983 (WS73)
 - Stichtag 30.09.1998 bis 31.03.2003 Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993, Ausgabe 1993 (WZ 1993)
 - Stichtag 30.06.2003 bis 31.12.2007 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)

- seit Stichtag 31.03.2008 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten einzelner Wirtschaftszweige auch bei gleichlautenden Bezeichnungen nur bedingt vergleichbar und es können Brüche in der Zeitreihe auftreten.

Landwirtschaft

- *) Ergebnisse der Agrarstrukturerhebungen und Landwirtschaftszählungen. Durch Anhebung der Erfassungsgrenze im Jahr 2010 sind diese Daten mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.

Öffentliche Finanzen und Personal

- *) Bis 2001: in Euro umgerechnete DM-Werte. Einwohner: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 30.06. des Jahres.
- 1) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe jeweils zum 31.12. des Jahres, ohne Schulden der rechtlich selbständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen. Bis 2009 Kreditmarktschulden, ab 2010 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Kredite, Wertpapierschulden, Kassenkredite).

Wasserwirtschaft

- 1) Leitungsverluste einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
- 2) Jeweils bezogen auf die Gemeinden, die eine Einheitsgebühr oder eine gesplittete Abwassergebühr (für Schmutzwasser und Niederschlagswasser getrennt) erheben. 1997 erhoben 4 Gemeinden (0,4%) eine gesplittete Abwassergebühr. Bis 2010 erhöhte sich die Anzahl auf 29 Gemeinden mit 17,9% der Gesamteinwohner Baden-Württembergs.

Verkehr

- *) Datenquelle: Kraftfahrt-Bundesamt. Pkw-Dichte: Pkw je 1 000 Einwohner am 31.12. des Vorjahres.
- Erhebungsmonat bis 2000: 1. Juli des Jahres; ab 2001: 1. Januar des Jahres. Ab 2006: Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt. Ab 2008: Nur noch angemeldete Fahrzeuge OHNE vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen.
- 1) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.
 - 2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.

Erläuterungen und Definitionen

Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind sowie Personen, die als Tätigkeit eine kurzzeitige Beschäftigung im Sinne des §8 SGB IV ausüben, werden dabei nicht nachgewiesen. Generell werden Beschäftigtendaten am Arbeitsort oder am Wohnort dargestellt. Die Daten in dieser Veröffentlichung enthalten die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Arbeitsplätze).

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Fläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgte in Abständen von vier Jahren, seit 2009 wird sie jährlich durchgeführt. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebaute unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland (z.B. Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

Haupterwerbsbetriebe

Zu den Haupterwerbsbetrieben zählen Betriebe, in denen das Einkommen des Betriebsinhabers (und ggf. seines Ehegatten) aus betrieblichen Quellen höher ist als das Einkommen aus außerbetrieblichen Quellen. Das Gegenstück ist der Nebenerwerbs-

betrieb. Die Typisierung in Haupt- und Nebenerwerb erfolgt nur für Betriebe in der Rechtsform eines Einzelunternehmens. Von 1997 bis 2007 bildeten die Arbeitsleistung (ausgedrückt in Arbeitskraft-Einheiten) je Betrieb und das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Grundlage für die Zuordnung zu den sozialökonomischen Betriebstypen. Danach galten als Haupterwerbsbetriebe solche Betriebe, in denen

- das betriebliche Arbeitsvolumen, berechnet in Arbeitskraft-Einheiten, 1,5 AK-E und mehr beträgt,
- das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-E beträgt und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes 50 % und mehr beträgt bzw. kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche zählen alle Flächen, die als Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenbau), Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden, einschließlich der stillgelegten sowie vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen.

Letztverbraucher

Im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

Niederschlagswasserentgelt

Das Entgelt wird für die Beseitigung von Regenwasser erhoben. Die anfallenden Kosten werden entweder auf den m³ Frischwasser bezogen und sind dann im Abwasserpreis enthalten oder sie werden als Niederschlagswassergebühr flächenbezogen (z.B. je m² versiegelter Fläche) in EUR je m² erhoben (gesplittete Gebühr). Grundstücke mit stark versiegelten Flächen, die viel Regenwasser in die öffentliche Abwasserkanalisation einleiten werden dadurch stärker an den dafür anfallenden Kosten der Abwasserbeseitigung beteiligt.

Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der

Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Schmutzwasserentgelt

Hier werden die Kosten für die Einleitung von Schmutzwasser in die öffentliche Kanalisation und die Beseitigung von verschmutztem Wasser dargestellt, sofern sie nicht im Abwasserpreis enthalten sind (gesplittete Gebühr). Der Preis setzt sich aus den kalkulierten Kosten für den Abwassertransport (Kanalgebühr) und die Abwasserreinigung (Klärggebühr) zusammen. Das Schmutzwasser wird in EUR je m³ Frischwasser berechnet. Da in Baden-Württemberg die Abwasserbeseitigung noch vollständig in kommunaler Hand liegt wird dafür keine Mehrwertsteuer erhoben.

Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Straßenverkehrsunfälle

Von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst - oder deren Fahrzeuge - Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrestunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$ berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

Wassergewinnung

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

Wohngebäude und Nichtwohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser rechnen ebenfalls dazu. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, z.B. gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.

Wohnräume

Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641- 0 Zentrale
Telefax 0711/641- 24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen
und historischen Statistiken für
Baden-Württemberg, seine Regionen,
Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641- 28 33, Telefax - 29 73

Bibliothek

Die Präsenzbibliothek für alle
Telefon 0711/641- 28 76, Telefax - 29 73

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich
zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641- 24 51, Telefax - 29 40

Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641- 28 66, Telefax - 13 40 62

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de